
Liebe Leserinnen und Leser,

den November-Newsletter des BBU habt ihr erst vor wenigen Tagen bekommen – jetzt liegt schon die Newsletter-Weihnachtsausgabe vor Euch. Auch zum Jahresende ist viel los im Umweltbereich. Bitte beachtet und unterstützt die im Newsletter enthaltenen Aktions- und Spendenaufrufe.

Ein Jahr voller Aktivitäten, Arbeit und Sehnsüchte nähert sich dem Ende. Hoffentlich war es für Euch ein gutes und gesundes Jahr. Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch eine ruhige Weihnachtszeit, Ruhe und Erholung zwischen den Feiertagen und einen guten Rutsch in das neue, unbekannte Jahr 2013.



1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Spendenaufwurf zur Finanzierung einer neuen BBU-Homepage

Der BBU-Vorstand bittet alle Newsletter-Leserinnen und -Leser um Unterstützung für die Neugestaltung der BBU-Homepage. Die BBU-Homepage ist in die Jahre gekommen und muss überarbeitet werden. Der BBU freut sich daher über jede Unterstützung! Näheres dazu findet man unter <http://www.bbu-online.de/Aktuelles/Spendenbitte.pdf>.



Um es ganz einfach zu machen, hier direkt das BBU-Spendenkonto:
Sparkasse Köln/Bonn (BLZ 37050198), Konto-Nr.: 1900.2666
IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Es gibt auch die Möglichkeit der Online-Spende an den BBU:
https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578

Bitte die Adressangabe für Spendenquittungen nicht vergessen.

Wichtiger Hinweis:

Bei der Mitgliederversammlung wurde erstmals seit Einführung des Euro eine Beitragserhöhung beschlossen. Bitte beachtet dazu die Informationen, die allen BBU-Mitgliedern gesondert zugehen. Bei Fragen zu den Beitragssätzen wendet Euch bitte vertrauensvoll an die BBU-Geschäftsführerin.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Atomkraftwerk Obrigheim:

Berechtigte Aufregung um „freigemessenen“ Atommüll!?

Die Initiative AtomErbe Obrigheim findet das „Freimessen“ von Abbaumaterial des Atomkraftwerk Obrigheim seit langem bedenklich. Schon seit einigen Jahren fordert sie von der Genehmigungsbehörde, dem baden-württembergischen Umweltministerium, einen transparenten Umgang mit diesem Thema. Denn für dieses Abbaumaterial gilt, dass es durch die „Freimessung“ zwar vom Atommüll zum „normalen“ Müll wird, aber weiterhin radioaktive Stoffe enthält. Die Beteuerung, dass alles unbelastet ist, kann die Initiative nicht nachvollziehen, denn nach der Strahlenschutzverordnung gibt es für diesen belasteten, aber „freigemessenen“ Müll zwei Kategorien: Bei geringerer radioaktiver Belastung ist eine freie Verwendung zugelassen, er kann weiterverwendet werden, z. B. als Beton im Straßenbau, als Metall für Kochtöpfe oder ähnliches.

Der stärker belastete Teil muss auf einer Deponie gelagert oder darf in einer Müllverbrennungsanlage verbrannt werden. Inzwischen wurde bekannt, dass entsprechender Müll aus dem AKW Obrigheim auf der Deponie in Sinsheim



gelandet ist. Unklar bleibt weiterhin, wie viel von dieser Müllart in Obrigheim noch anfallen wird und auf welche anderen Deponien er gebracht werden soll. Insgesamt sollen im Laufe des Rückbaus aus dem Kontrollbereich des AKW Obrigheim mehr als 120.000 Tonnen „freigegeben“ werden, wie die Initiative aus dem zur 1. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung ausgelegten Sicherheitsbericht des Betreibers entnehmen konnte. Leider ist dieser nicht im Internet veröffentlicht.

Die Initiative bezweifelt, dass, um die Vorgaben der Strahlenschutzverordnung zu erfüllen, die dafür notwendigen aufwendigen Untersuchungen durchgeführt wurden. Denn die hochgiftigen und krebserregenden Alphastrahler, wie z. B. Plutonium, sind nicht mit den üblichen Strahlenmessgeräten zu entdecken. Ob der nach Sinsheim gebrachte Müll entsprechend untersucht wurde, ist eine Frage, die noch vom Kraftwerksbetreiber und der Genehmigungsbehörde zu beantworten ist.

Da von dem frei verwertbaren Müll aus der „Freimessung“ nicht bekannt ist, wo er verwendet wird, befürchtet die Initiative auch, dass radioaktive Stoffe aus Atomkraftwerken in der Umwelt mehr werden, zumal ja in den nächsten Jahren noch weitere Atomkraftwerke abgebaut werden.

Für Rückfragen können Sie sich wenden an: initiative@atomerbe-obrigheim.de Weitere Informationen unter <http://atomerbe-obrigheim.de>. Pressemitteilung und Foto der Initiative AtomErbe Obrigheim vom 16.12.2012

"Altmaier will Gorleben"

BI Umweltschutz nimmt Gesetzentwürfe zur Standortsuche unter die Lupe

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) sieht in den bisherigen Entwürfen des Bundesumweltministers Peter Altmaier (CDU) für ein "Standortsuchengesetz" eine klare Linie. "Gorleben soll auf Umwegen durchgesetzt werden und die Kontroll- bzw. Klagerechte der Öffentlichkeit werden auf eine "Mitsprache" zusammengestutzt." Das geht aus einem Vergleich der Gesetzentwürfe aus dem Juni bzw. Oktober 2012 hervor. "Wir haben die Gesetzentwürfe unter die Lupe genommen und kommen zu dem Schluss: Altmaier will Gorleben", so die BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Zentraler neuer Baustein bei der Endlagersuche ist ein "Bundesamt für kerntechnische Sicherheit". Aus den Entwürfen werde auch klar, woher das Personal und das Fachwissen der neuen Behörde kommen soll: Zum Beispiel aus der alten Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Das Auswahlverfahren falle unter die „Zuständigkeit der [Bundesbehörde/Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe]...“

hieß es im Juni-Entwurf, im Oktober wurde der Hinweis auf die BGR getilgt. Die Rolle des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das bisher im Auftrag des Bundes mit der Erkundung bzw. Errichtung von Atommülldeponien befasst war, gehe gegen null. Stattdessen soll in der neuen Bundesbehörde ein "Institut für die Standortauswahl" errichtet werden. Der Passus lautet: "Das Institut für die Standortauswahl

(Institut) ist zuständig für die wissenschaftliche Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen, die Festlegung der standortbezogenen Erkundungsprogramme und Prüfkriterien, die übrige Vorbereitung der Standortentscheidung und sorgt für die Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit." Diese soll über eine Begleitgruppe, Bürgerdialoge und Konferenzen eingebunden werden. "Ein Veto- oder Klagerecht ist nicht vorgesehen, man darf mitreden, das ist alles", beklagt Martin Donat, der BI-Vorsitzende.

"Die BGR steht für die Salzlinaie und hat die Luftnummer, der Salzstock Gorleben sei eignungshöflich bzw. geeignet, ständig befeuert", kritisiert die BI. Die BGR arbeite im Rahmen der "vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben" auch an einer Sicherheitsprognose, wie sie im Gesetzentwurf als letzter Schritt vor der Standortentscheidung gefordert wird, ein Sicherheitsnachweis wurde hingegen fallen gelassen.

Im Schluß mit Greenpeace und anderen Akteuren erneuert die BI deshalb die Forderung, dass ein parteienunabhängiger "Zukunftsrat" und nicht eine weisungsgebundene Behörde, deren Kernpersonal Gorleben favorisiert, den Aufschlag macht, und zwar zur Steuerung und Überwachung der Schritte, wie mit dem Atommüll künftig umgegangen wird.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 17.12.2012. Die BI ist Mitglied im BBU. Kontakt und weitere Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>, Tel: 05841-4684

EU-Richtlinie: Atommülltransfer soll erlaubt werden - BBU und BI protestieren gegen "Dambruch"

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) reagieren empört auf die Aufforderung des Bundesumweltministeriums, innerhalb kürzester Zeit und zwischen Jahren den Entwurf für die 14. Änderung des Atomgesetzes im Rahmen der "Länder- und Verbändeanhörung" zu kommentieren.

Am 19. Juli 2011 hat der Rat der Europäischen Union die Richtlinie 2011/70/EURATOM über einen Gemeinschaftsrahmen "für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (Richtlinie 2011/70/EURATOM) verabschiedet. Die Richtlinie 2011/70/EURATOM ist von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union spätestens bis zum 23. August 2013 umzusetzen. Bis zum 4. Januar bleibt den Verbänden nun Zeit, den Gesetzentwurf zu kommentieren, nachdem sie Ende letzter Woche angeschrieben wurden. "Wenn das der Lackmus-Test für eine neue Beteiligungskultur sein soll, dann ist es ein Eigentor", sagte BBU-Sprecher Udo Buchholz.

Die Gorleben-Gegner verweisen auf die Parallelität der Umsetzung der EU-Richtlinie und das angestrebte neue Endlagerschutzgesetz. "Die Umsetzung der EU-Richtlinie ermöglicht den Atommülltransfer und die Aufgabe des Prinzips, dass jeder Staat, auf dessen Boden Atomkraftwerke errichtet wurden, für ein nationales Entsorgungskonzept zu sorgen hat.

Der Atommülltransfer wird legalisiert, das ist ein Dambruch", warnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Im Gesetzentwurf heißt es wörtlich: "Gemäß den Vorgaben der Richtlinie dürfen radioaktive Abfälle grundsätzlich nur unter strengen Voraussetzungen zum Zwecke der Endlagerung aus dem Staat verbracht werden, in dem sie angefallen sind."

Auch andere Aspekte würden äußerst verantwortungslos und lax abgehandelt. So sei durch Freimessungen von Atomschrott "der Anfall radioaktiver Abfälle auf ein vernünftigerweise realisierbares Maß zu beschränken", Kosten würden bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in das deutsche Atomrecht auch nur in geringem Umfang anfallen. Dazu heißt es in der Anlage zum Gesetzentwurf: "Für die betroffenen Wirtschaftsbereiche – ca. 20 Unternehmen und Forschungseinrichtungen – ist durch dieses Gesetz lediglich ein vernachlässigbarer Zeit- und Kostenaufwand bei einer geringen Fallzahl zu erwarten."

"Verantwortungslos und möglichst billig lautet die Devise im Umgang mit dem Atommüll", kritisieren BBU und BI den Entwurf in einer ersten Stellungnahme. Die Initiativen fordern in ihrer Antwort an das BMU eine angemessene Frist zu einer fundierten Kritik.

Weitere Informationen zur Atommüllproblematik unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de> und www.bbu-online.de.

Spendenkonten:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg,
Kontonummer 0044060721, Bankleitzahl 25850110 (Kreissparkasse Lüchow)

Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU),
Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 1900.2666

Gemeinsame Pressemitteilung des BBU und der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 18.12.2012. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Chemiepolitik

Explosion im US-Werk Institute: Video zu tödlichem BAYER-Störfall veröffentlicht

Im Jahr 2008 kam es im BAYER-Werk Institute (USA) zu einer folgenschweren Explosion. Zwei Arbeiter verloren ihr Leben. Der US-Kongress kam in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass nur glückliche Umstände eine Katastrophe vergleichbar mit der von Bhopal 1984 verhinderten.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* und örtliche Initiativen hatten zuvor jahrelang vor den Risiken der Fabrik gewarnt. Institute war das letzte Werk in den USA, in dem die Bhopal-Chemikalie Methylisocyanat (MIC) in großen Mengen produziert und gelagert wurde. Nach dem Störfall kooperierte die CBG mit der US-Aufsichtsbehörde *Chemical Safety Board* (CSB) bei der Aufklärung der Unglücksursachen.

Das *Chemical Safety Board* veröffentlichte nun einen Film zu den Ursachen des Störfalls. In dem 14-minütigen Video sind zudem Empfehlungen zur Verbesserung der Sicherheit in der Chemie-Industrie enthalten. Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* hat den Film mit deutschen Untertiteln versehen. Auch eine DVD-Version ist in Planung.

Video online (mit dt. Untertiteln): www.youtube.com/watch?v=r_avSiUwXMw

Jan Pehrke vom Vorstand der CBG: „Der Film zeigt eindrucksvoll, welche Risiken Konzerne wie BAYER auf der Jagd nach Profiten in Kauf nehmen. Wir fordern, dass die chemische Industrie auf den großtechnischen Einsatz tödlicher Chemikalien wie MIC und Phosgen grundsätzlich verzichtet.“ Die CBG hatte vor der Explosion wiederholt eine Beendigung der MIC-Produktion in Institute gefordert und hatte hierzu Gegenanträge zur BAYER-Hauptversammlung eingereicht. Der BAYER-Vorstand hatte das Ansinnen stets als „unbegründet“ zurückgewiesen.

Der Untersuchungsbericht des US-Kongresses war zu dem Urteil gekommen: „Durch die Explosion flog ein mehrere Tonnen wiegender Rückstandsbehälter 15 Meter durch das Werk und zerstörte praktisch alles auf seinem Weg. Hätte dieses Geschoss den MIC-Tank getroffen, hätten die Konsequenzen das Desaster in Bhopal 1984 in den Schatten stellen können.“ BAYER hatte nach dem Störfall versucht, Bürgerinitiativen und kritische Journalist/innen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Der US-Kongress urteilte hierzu: „BAYER beteiligte sich an einer Geheimhaltungskampagne. Die Firma hat den Sicherheitskräften entscheidende Informationen vorenthalten, hat den Ermittlern der Bundesbehörden nur eingeschränkten Zugang zu Informationen gewährt, hat die Arbeit von Medien und Bürgerinitiativen unterminiert und hat die Öffentlichkeit unrichtig und irreführend informiert.“

Alle Informationen zum Werk Institute: www.cbgnetwork.org/3052.html

Presseinfo der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* vom 18. Dezember 2012. Die CBG ist eine BBU-Mitgliedsorganisation.

Fracking

Bundesweite Meldungen:

In Quakenbrück wurde Mitte Dezember gegen Frackingpläne demonstriert:

<http://www.noz.de/lokales/68502703/protest-mit-fackeln-und-plakaten-gegen-fracking-im-artland>

Weitere Informationen dazu unter <http://www.fracking-freies-artland.de>.

Der Kreistag in Dithmarschen hat einstimmig Fracking in Dithmarschen abgelehnt:

<http://www.shz.de/nachrichten/lokales/norddeutsche-rundschau/artikeldetails/artikel/kreistag-einstimmig-gegen-fracking.html>

Der Gemeinderat von Henstedt-Ulzburg hat mehrheitlich eine Anti-Fracking-Resolution abgelehnt:

<http://ulzburger-nachrichten.de/?p=12920>

Gentechnik

Indizien, die für Gensoja als Ursache für Botulismus sprechen:

- 1.) Chronischer Botulismus. ist vor ca. 15 Jahren gleichzeitig mit dem Beginn der Genfütterung aufgetreten.
- 2.) Der Zusammenhang mit dem Gengift Glyphosat und dem Botulismus wurde von Monika Krüger in der Uni Leibzig nachgewiesen. Mit dem Gensoja kommt sehr viel Glyphosat in den Rindermagen. Im Gensoja wurden Glyphosat-Rückstände von bis zu 11, 5 mg/kg gemessen. Den Grenzwert für Glyphosat hat die EU um den Faktor 200 erhöht, um die Genkonzerne (leider nicht uns) zu schützen, das heißt von 0.1 mg./kg auf 20 mg/kg.
- 3.) Prof. Don Huber, USA hat nachgewiesen, dass durch Glyphosat die Genpflanzen bis zu 50 %weniger lebenswichtiger Nährstoffe enthalten und dass dadurch die Rinder krank werden.
- 4.) Betroffen sind vor allem große Milchviehbestände, das heißt Nutztiere wo die Tiere lange am Leben gehalten werden und in der Regel sehr viel Gensoja zum fressen bekommen.

5.) Die Krankheit wird von der Behörde nicht anerkannt. Die Bauern kriegen keine Entschädigung. Das Fleisch der kranken Tiere darf gegessen werden, obwohl die Rinder an einer Vergiftung (Clostridium Botulinum durch Glyphosat) sterben.

Nach dem Eu-Prinzip der "substantiellen Äquivalenz", ist durch Glyphosat vergiftetes Genfleisch dem natürlichen gesunden Fleisch gleichwertig und braucht nicht getestet werden. - sehr witzig!

Zum Schluss noch einen Überblick über den Stand der Dinge an Hand eines Buches welches von Dr. R. Sommer herausgegeben wurde und meiner Antwort darauf. Dr. R. Sommer ist die maßgebliche CDU- Abgeordneten für Gentechnik im Europaparlament. . .

V. Helldorff, BBU-Mitglied (Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Aus Platzgründen kann hier die Diskussion zu dem Buch nicht veröffentlicht werden. Bitte bei der Redaktion melden, wer den vollständigen Text haben möchte).

Gewässerschutz

Regionales Bündnis gegen Elbvertiefung

Der Widerstand gegen die drohende Elbvertiefung geht weiter. Das nächste regionale Bündnistreffen findet am 15. Januar 2013 statt. Kontakt und weitere Informationen: <http://www.wir-brauchen-keine-elbvertiefung.de>.

Hambacher Forst & Klimaschutz

Klimaschutz von oben demaskiert sich selber – Waldbesetzerinnen rufen zu Klimaschutz von unten auf

Die neue Studie der IPCC wirft einen düsteren Ausblick auf die Zukunft der Erde. Bis 2100 wird sich das Klima um 3 – 5 Grad C erwärmen, wenn nicht sehr schnell eine drastische Reduktion des globalen CO₂ Ausstoßes passiert. Bei einer solchen Erwärmung ist mit massiver Wüstenausbreitung und eines Anstiegs des Meeresspiegels. Durch beides werden in großem Maßstab bisher bewohnbare Landstriche unbewohnbar. Die Auswirkungen werden zuerst die Menschen im globalen Süden treffen, die am allerwenigsten Verantwortlich sind für den menschengemachten Klimawandel. Selbst der best-case-szenario der Studie geht von einer Erwärmung von 2 Grad Celsius bis 2100 aus. Allerdings wurden alle Szenarien unter der Annahme gemacht, dass ein wachstumsbasiertes, kapitalistisches Wirtschaftssystem bestand haben wird.

Davon gehen auch die „StaatenvertreterInnen“ aus, die sich alljährlich zur Klimakonferenz treffen. Dass auch dieses Jahr in Doha nichts beschlossen wurde, was auch nur annähernd in die Richtung einer Lösung des Problems gehen würde, überrascht wenig. Ist die Rolle der PolitikerInnen dort doch sich zwar verbal zum Klimaschutz zu bekennen, sich praktisch aber gegen alle CO₂ Vorgaben für den eigenen Industriestandort zu wehren. Denn die Profite eines Industriestandortes sind national, während die Auswirkungen durch das dort erzeugte CO₂ global sind. Also sollen am besten immer die anderen einsparen. Die Grundlage dieser Problematik sind wertbasierte Wirtschaftssysteme in denen nicht produziert wird um konkrete Bedürfnisse zu stillen, sondern um einen Profit zu erzielen, und zwar in der Konkurrenz zu anderen – sowohl bei den Unternehmen als auch den Staaten.

Das Einzige was in Doha am Ende entschieden wurde ist dass das Kyoto-Protokoll bis 2020 weitergeführt werden soll. Das aber ist kein Erfolg für den Klimaschutz. Beim Emissionshandel des Kyoto-Protokolls geht es nämlich darum eine weitere Ressource dem kapitalistischen Wettbewerb zuzuführen um damit Geld zu machen.

Aus: <http://hambacherforst.blogspot.de/2012/12/17/klimaschutz-von-oben-demaskiert-sich-selber-waldbesetzerinnen-rufen-zu-klimaschutz-von-unten-auf/#more-292>

Normung

Bericht über den NAGUS- und KU-Beirat im Dezember 2012

Auf der diesjährigen Sitzung des Beirats des Normenausschusses Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS) im DIN haben knapp 20 NormungsexpertInnen über die Entwicklungen der Normungsarbeit im Bereich Umwelt beraten. Dem NAGUS-Beirat gehören u. a. VertreterInnen der Wirtschaft, der Verwaltung, der Gewerkschaften, des Verbraucherschutzes, der Wissenschaft und der Umweltverbände an. Für den BBU hat Ulla Weiß, Mitglied des BBU-Vorstands, an den Sitzungen teilgenommen. Ein Schwerpunkt der diesjährigen Beratungen war die neue Norm zum Carbon Footprint für Produkte. Sie soll im Frühjahr 2013 abgeschlossen werden. Dann könnten nach 5-jähriger Arbeit international einheitliche Anforderungen zur Bestimmung der CO₂-Emission von Produkten veröffentlicht werden. Aus Sicht des BBU fehlt noch die verbindliche Einbeziehung der Wirkung der Indirekten Landnutzungsänderung in den Carbon Footprint. Die Umwandlung von Ackerflächen in Palmölplantagen und die Vertreibung der Bauern in bis dahin unberührte Urwaldregionen ist ein gravierendes (soziales und) ökologisches Problem, das in die Norm einbezogen werden muss. Auch bei der Erarbeitung der neuen Norm „Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse“ steht die Aufnahme der Indirekten Effekte noch aus. Nik Geiler vom AK Wasser des BBU begleitet dieses Gremium auch aus diesem Grund mit großer Kritik.

Der Beirat der Koordinationsstelle Umweltschutz (KU) im DIN setzt sich ebenfalls aus VertreterInnen verschiedener Interessensgruppen zusammen. Die aktuellen Schwerpunkte in der KU sind neue Normungsvorhaben zum Thema

„Anpassung an den Klimawandel“. Daneben werden Normen zur Nachhaltigkeit von Kommunen und zum Ressourcenschutz erarbeitet. Die Aktivitäten zur Unterstützung von NormungsexpertInnen durch MitarbeiterInnen der KU, um Umweltaspekte in die Normung miteinzubeziehen, werden durch Schulungen weiter verstärkt. Eine neue EU-Verordnung will ab 1.1.2013 Umweltverbände bei der Normungsarbeit weiter unterstützen. Dies ist ein positives Signal. In Deutschland findet gerade eine gegenteilige Entwicklung statt. Die BUND-Bundesgeschäftsstelle und das Bundesumweltministerium haben Anfang 2012 dem BBU nach langjähriger Mitarbeit im Projekt der Normungsarbeit der Umweltverbände die weitere Mitarbeit ohne Grund aufgekündigt. Der BBU wird sich trotzdem weiter aktiv an wichtigen Normungsprojekten beteiligen.

Ulla Weiß, BBU-Vorstandsmitglied / Beauftragte für die Normung

Verkehrspolitik

Land und Stadt müssen Kefers Signal für den Ausstieg nutzen

„Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart müssen jetzt die Chance eines einvernehmlichen Ausstiegs aus dem Bahnprojekt Stuttgart 21 nutzen.“ Dieses Fazit zieht Eisenhart von Loeper, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21, aus dem Auftritt des Technikvorstandes der Deutschen Bahn AG, am Freitagmorgen im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages. Den Aussagen von Ausschussmitgliedern zufolge hatte Kefer einen Ausstieg der Bahn erwogen für den Fall, dass die Vertragspartner keine Schadenersatzklage gegen sie anstrengen. Wenn darüber nun verhandelt werde, „müssen natürlich zugleich auch alle Bauarbeiten für Stuttgart 21 gestoppt werden“, so von Loeper weiter. Denn jede weitere Bauaktivität verschlimmere am Ende nur den von S 21 ohnehin schon angerichteten Schaden.

Offensichtlich, so der Bündnissprecher, entfalte auch der Brief des Aktionsbündnisses an die Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bahn AG seine Wirkung. Darin hatte von Loeper sie unter anderem an ihre persönliche Haftung im Falle wissentlicher Missachtung eines hohen Schadensrisikos erinnert.

Pressemitteilung des Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 vom 14.12.2012. Weitere Informationen unter <http://www.kopfbahnhof-21.de>.

Windenergie

Die eigene Kleinwindanlagen zur Stromversorgung – was muss ich beachten

Bargteheide 22.10.2012 Als Fortsetzung zur Vortragsreihe zu aktuellen Themen des Klimaschutzes lud die Initiative „Bürger für Klimaschutz in Bargteheide“ zu einem weiteren Informationsabend in das Stadthaus in Bargteheide ein. Thema bei diesem Mal: „Die eigene Kleinwindanlagen zur Stromversorgung – was muss ich beachten?“. Als Referent konnte Tobias Landwehr vom Bundesverband Kleinwindanlagen e. V. (BVKW) für einen eineinhalb stündigen Vortrag zum Thema gewonnen werden.

Begrüßt werden mehr als 80 Besucher an diesem Abend vom Sprecher der Bürgerinitiative Wolfgang Apel, wobei die Ziele und Aufgaben Richtung Energiewende in Bargteheide eingegangen wird. So setzt sich die Initiative für nachhaltige Reduktion klimaschädlicher Schadstoffemissionen, Unabhängigkeit fossiler Brennstoffe und nuklearer Energie sowie von großen Energiekonzernen und für den Ausbau, die Förderung und die Nutzung Erneuerbarer Energien ein. „Um unsere Ziele zu verwirklichen setzen wir auf das „3 E“-Prinzip: Energie sparen, Energieeffizienz und Einsatz Erneuerbarer Energien“, schildert Apel. Damit diese Ziele auch erreicht werden sind Aufgaben wie das Anstoßen der öffentliche Debatte zum Klimaschutz, Organisation von Veranstaltung und Vorträgen, Pressearbeit, Informationssammlung und –aufarbeitung, Präsentation im Internet und das Netzwerken Teile der Arbeit der Bürgerinitiative.

„Ziel des Vortrags ist es, Ihnen einen Überblick über Technik, Windverhalten, Wirtschaftlichkeit und Genehmigungsverfahren von Kleinwindenergieanlagen (KWEA) zu vermitteln“, leitet Herr Landwehr seine Präsentationen ein. Zunächst werden die Zuschauer mit einem halbstündigen Grundlagenvortrag in Stimmung gebracht. Im Anschluss an eine intensiven Fragerunde folgt die „Präsentation für Fortgeschrittene“, so Landwehr. Von der Definition einer KWEA über physikalische und technische Grundlagen, Anlagentypen und Anwendungskonzepten bis hin zur Wirtschaftlichkeit und schlussendlich die Anforderungen einer Baugenehmigung decken die zwei Schulstunden von Herrn Landwehr alles ab. Auf Fragen während und vor allem nach den Präsentationen wird nachhaltig eingegangen.

„Wir planen weitere Veranstaltungen mit solch interessantem Inhalt, um die Bevölkerung in Bargteheide stets informiert zu halten“, versichert Apel am Ende. Geplant sind unter anderem Vorträge zu den Themen Dämmung, Geothermie und Energiemanagement.

Die Präsentationen des BVKW, sowie weitere Termine zum Thema Kleinwind und anderen Aktionen der Bürgerinitiative können auf den Internetseiten www.bundesverband-kleinwindanlagen.de und auf www.klimaschutz-bargteheide.de nachgelesen werden.

Pressemitteilung des Bundesverbandes Kleinwindanlagen vom 22.10.2012

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 12 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.01.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.